

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Widersprüchliche Sozialpolitik

Besorgt ist der Bundesrat über die Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen. Dies hindert ihn allerdings nicht daran, weitere Ausbauschritte einzuleiten, ohne die Gesamtübersicht abzuwarten.

Regine M. Sauter

Um das derzeitige Leistungs-niveau aller zehn bestehenden Sozialversicherungen aufrechtzuerhalten, wären bis ins Jahr 2010 rund 14 Milliarden Franken zusätzlich aufzubringen. Würde dieser Mehrbedarf z. B. über die Mehrwertsteuer finanziert, bedeutete dies eine Erhöhung um 6,8 Prozent.

Endlich eine Gesamtübersicht . . .

Handlungsbedarf ist damit offenkundig. Zu Recht zeigt sich denn auch der Bundesrat besorgt. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe soll nun die Leistungen der einzelnen Sozialversicherungen unter die Lupe nehmen und eine Gesamtübersicht erstellen.

Bevor nun diese Gesamtschau vorliegt, welche Finanzierungsbedarf und Leistungen in einen Zusammenhang stellt, darf an den

Sozialversicherungswerken nicht weiter herumgebastelt werden.

. . . derweil weiter ausgebaut wird

Es erstaunt unter diesen Gesichtspunkten um so mehr, dass der Bundesrat Bundesrätin Ruth Dreifuss beauftragt hat, eine Botschaft zur Mutterschaftsversicherung und zur Erwerbsersatzordnung auszuarbeiten und eine Vornehmlassung zur Revision der Invalidenversicherung durchzuführen. Geht man davon aus, dass die Bundesrätin jenes Projekt für eine Mutterschaftsversicherung in der Botschaft präsentiert, welches im Frühsommer in den Medien dargelegt wurde, wäre mit Kosten in der Grössenordnung von rund 650–700 Millionen Franken pro Jahr zu rechnen. Ebenfalls Mehrkosten hätte die Vorlage zur Erwerbsersatzordnung zur Folge. In der Invalidenversicherung geht es hingegen darum, Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wie will man nun aber seriöserweise über Finanzierungs- und Einsparungsmöglichkeiten bei diesen drei Projekten sprechen, bevor man einen Überblick darüber hat, wo welche Massnahmen zu welchen Kosten und Einsparungen führen werden?

Bereits die Sicherung des erreichten Standes der Sozialwerke stellt eine grosse Herausforderung dar. Wenn unsere Sozialwerke nachhaltig saniert werden sollen, müssen die Weichen heute richtig gestellt werden.



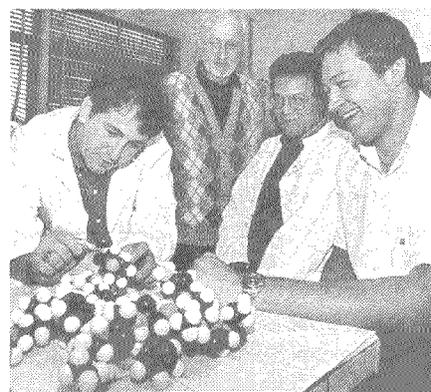
Für ein finanziell gesundes Sozialversicherungssystem: Bestehendes sichern statt mit neuen Projekten das Fuder überladen.
(Photo Stahl)

Der Entscheid des Bundesrates ist daher inkonsequent und verantwortungslos. Er sagt zu einem Projekt Ja, von dem nicht klar ist, woher die Mittel zu dessen Finanzierung kommen sollen. Nichts ist aber unsozialer, als sozialpolitische Leistungen zu be-

schliessen, die nicht dauerhaft erbracht und finanziert werden können. Angesichts der geringen Realisierungschancen eines solchen Grossprojektes werden am Schluss einmal mehr die Frauen mit leeren Händen dastehen. ■

Zukunft

Die Bio- und Gentechnologie ist eine der Schlüsseltechnologien für die Zukunft. Mit der Gen-Schutz-Initiative droht nun unserem Land zum erstenmal ein eigentliches «Technologieverbot».



Bio- und Gentechnologie: Wird sie in Zukunft nur noch ausserhalb der Schweiz stattfinden?
(Photo key)

Tagungen der FDP Schweiz befassen sich mit diesem für den Wirtschaftsstandort Schweiz so entscheidenden Thema.

Programme und Talons finden Sie auf den Seiten 6 und 16.

Inhalt

- Unternehmenssteuerreform in Zeiten leerer Kassen. Lesen Sie ab Seite **10**
- Basel heisst Sie willkommen: Delegiertenversammlung der FDP Schweiz. Einladung auf Seite **13**
- Dialog mit der «Fünften Schweiz»: Die FDP Schweiz International am Auslandschweizerkongress. Seite **14**

10563

Weder Automatismus des Marktes noch Primat der Politik

Ständerat Andreas Iten hat in der Juli/August-Nummer dieser Zeitschrift eine Kolumne zur «Utopie des freien Marktes» verfasst. «Leise und bescheiden» fragte er, ob der Markt wirklich, wie immer wieder behauptet werde, ein effizientes Mittel sei, um Ordnungsprobleme von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen.

Dr. Max U. Rapold, Schaffhausen

Der liberalistische Glaube, eine «unsichtbare Hand» steuere die staatsfreie Wirtschaft auf die richtigen Ziele hin, sei «eine Utopie ähnlich derjenigen des Marxismus-Kommunismus». In Wirklichkeit tendiere der freie Markt zu Ungleichgewichten und Instabilität. Die Aufgabe der öffentlichen Hand werde fälschlicherweise darauf beschränkt, die allerschlimmsten Folgen der Marktentwicklung zu korrigieren. Der Staat sei aber «nicht nur eine Korrekturtaste». Das heisse, dass der Politik der Primat vor dem Markt zukomme.

Ohne Interventionen geht es kaum

Die Kritik des Zuger Ständeherrn an wieder auferstandenen manchesterlichen Ideen ist meines Erachtens berechtigt. Sie ist es auch gegenüber jenen liberalen Ordnungspostulaten, die zwar einen «starken Staat» fordern, ihn aber auf die Funktion des Hüters «günstiger Rahmenbedingungen» begrenzen möchten.

Weil nach aller bisherigen Erfahrung der Marktautomatismus allein niemals sozial befriedigende Ergebnisse zeitigt, muss jede «Rahmenpolitik» immer wieder auf ordnungspolitische Interventionen zurückgreifen. Stichworte dazu heissen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Forschungspolitik, Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes, Durchsetzung ökologischer Ziele usw.

Die liberalistische Inkonsistenz solcher «Ordnungspoli-

tik» ist nicht nur auf koalitions- oder wahltaktische Purzelbäume zurückzuführen. Die ordo- und neoliberale Theorie selbst leidet an einem unauflösbaren inneren Widerspruch: Einerseits möchte sie sich auf den Marktmechanismus verlassen, in welchem die Marktteilnehmer zwar ihrem Egoismus fröhnen dürfen, aber

«Nur soweit der Wettbewerb zur Ordnung führt, kann private Wirtschaftsfreiheit gewährt werden; soweit dies nicht der Fall ist, darf die Wirtschaft nicht frei sein.»

dank der «List der Vernunft» angeblich keine Macht entfalten können. Andererseits kann dieser Automatismus nur mit staatlichen Machtmitteln zu einer Ordnung führen, die den Wettbewerb garantiert und die menschlich-sozial erträglich bleibt.

«Nur soweit der Wettbewerb zur Ordnung führt, kann private Wirtschaftsfreiheit gewährt werden; soweit dies nicht der Fall ist, darf die Wirtschaft nicht frei sein.» Dieser Satz stammt nicht etwa von einem Gegner der Marktwirtschaft, sondern vom juristischen Begründer des deutschen Ordoliberalismus, Franz Böhm. In seinem Ordnungsdenken ist kein Raum «für ein stilles Wachsen, für ein ordnendes Gestalten der Dinge aus dem Schosse der Wirtschaft selbst heraus». Vielmehr gründet die zentrale Ordnungsidee, die «das Ganze bis auf seine letzten Einzelheiten durchleuchtet», auf der Devise: «Alles hört auf mein Kommando!»

Weder Staat noch Markt

In der Überzeugung vom «Ordnungsprimat des Staates» geben

sich der ordoliberalen Vordenker und der freisinnige Ständeherr geistig die Hand. In Wahrheit widersprechen sich beide Konzepte diametral und berühren sich nur scheinbar. Böhm will mit staatlichen Machtmitteln den «freien Markt» durchsetzen, Iten die fehlende Ord-

nungsqualität des Marktes durch staatliche Prärogativen ersetzen. Jener Weg führt in den gnadenlosen Totalitarismus, dieser in den richtungslosen Interventionismus. Irrwege sind sie beide. Weder Staat noch Markt sind freiheitsfördernde wirtschaftliche Ordnungspotenzen. «Sowohl die Scheibe «Staat» als auch die Scheibe «Markt» sind als Modelle im ökonomischen Scheibenstand

Weder Staat noch Markt sind freiheitsfördernde wirtschaftliche Ordnungspotenzen.

tatsächlich eingezogen», war einmal in der NZZ zu lesen – allerdings vor längerer Zeit, nämlich am 17. April 1956.

Hüter von Recht und Gerechtigkeit

Staat und Markt stehen in der Auseinandersetzung um die liberale Ordnungspolitik für jene «entgegengesetzten Meinungen», die nach Goethe nicht «eingemittelt» werden können, sondern erst «das Problem» bezeichnen: die umfassende, menschenwürdige, freie Ordnung der Wirtschaft durch sich selbst, in der Wettbewerb – nicht als Ordnungselement, sondern als Entfaltungschance – «möglich» sein muss, in der aber nicht der



(unvermeidliche) Gebrauch, sondern nur der Missbrauch von Marktmacht rechtlich geahndet wird.

Je mehr bewusste freiwillige soziale Ordnungskraft die Wirtschaft zu mobilisieren vermag, desto weniger Staatsinterventionen drängen sich auf.

Sie erst machen es möglich, dass sich der Staat auf seine eigentliche Rolle des Hüters und Fortgestalters von Recht und Gerechtigkeit besinnen kann. Je mehr bewusste freiwillige soziale Ordnungskraft die Wirtschaft zu mobilisieren vermag, desto weniger Staatsinterventionen drängen sich auf, desto vertrauenswürdiger wird das liberale Ordnungskonzept.

Der Freisinn sei ein «leicht angegrauter Star der politischen Bühne», war im «Wochenbericht der Bank Julius Bär» (Nr. 24/1996) zu lesen. «Angezeigt wäre endlich eine intellektuelle Offensive des Freisinns, um sein Gedankengut wieder populär zu machen.» Ich meine, dieses Ziel sei nur mit erneuter gedanklicher Grundsätzlichkeit und herzhaftem Ideenmut zu erreichen. Wozu hier ein Anstoss versucht wurde. ■

Evelyne Kellenberger-Leemann will eine selbstbewusste Schweiz

Welches ist Ihr Lebensmotto?

Aufgeschlossen sein für Neues, an fundamentalen Werten festhalten.

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Der konstruktive Dialog sollte vermehrt auch zwischen Konfliktparteien gesucht werden. Anderen potentiellen Konfliktherden sollen Greuelthaten, wie auf dem Balkan, erspart bleiben.

Was bedeutet Ihnen die grösste Sorge?

Die wachsende Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sind gefordert, sich für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen. Die Politik hat darauf zu achten, dass sie Initiative fördert, statt durch Bürokratie erstickt.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Entdeckung der Antibiotika, insbesondere des Penicillins – die Atombombe.

KURZBIOGRAPHIE

Zur Person: Evelyne Kellenberger-Leemann, geboren 1956, von Zürich und Walzenhausen, Volksschulen in Wallisellen, Studium der Rechtswissenschaft in Zürich und Basel, verheiratet, 4 Kinder

Alter: 4 x 10

Berufliche Stationen: Praktikum in der Schweizerischen Nationalbank in Zürich, Teilzeitdozentin an der Pflegeschule Brugg, Praktikum am Bezirksgericht Bremgarten, Friedensrichter-Statthalterin des Kreises



Was sollte unbedingt noch erfunden werden?

Eine Abfallbeseitigungsanlage, die sämtliche Abfälle (inklusive Sondermüll und Atommüll) ohne Emissionen restlos beseitigt.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die freiheitlich-demokratische Staatsform. Die Schweiz hat sich im Zeitalter der beiden Weltkriege als Hort der Freiheit und Offenheit, wirtschaftlich und politisch, zu bewähren gewusst.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Bremgarten, Präsident-Stellvertreterin am Arbeitsgericht Bremgarten

Politischer Werdegang: Vorstandsmitglied der Aargauischen Frauenzentrale, Mitglied der Aufsichtskommission der Kantonsschule Baden, Mitglied der Kommission für Sicherheit im Strassenverkehr des Kantons Aargau, Präsidentin der Erziehungs- und Bildungskommission der Frauenzentrale, Gründungsmitglied der FDP-Frauen des Bezirks Bremgarten.

Dass wir uns immer mehr mit Abkapselung profilieren. Abschottung gegen aussen, aber auch Abkapselung gegen jede Innovation. Was wir brauchen, ist eine politisch selbstbewusste Schweiz, die mit dem Partner Europa umzugehen und tragfähige Beziehungen zu pflegen versteht.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Der grösste Staatsmann unseres Jahrhunderts, Winston Churchill, hätte ihn verdient.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Die politische Führungsarbeit erfordert Ehrlichkeit, Unabhängigkeit und Zivilcourage. Mich überzeugen jene, die es verstehen, unserem Land durch gute Weichenstellungen wieder mehr Zuversicht zu verschaffen.

Was ist die Stärke der FDP, wo sind ihre Schwächen?

Der Freisinn baut und vertraut auf die Verantwortung und den Leistungswillen des Einzelnen. – Theorie und Praxis klaffen gelegentlich auch bei freisinnigen Interessenvertretern auseinander.

STICHWORTE

Internet:

Informationen ohne Grenzen

Sozialstaat:

Hilfe zur Selbsthilfe

Neat:

Regieren wäre anders

Agrarpolitik:

staatlicher Dirigismus

Preisüberwacher:

ausgleichende Institution

«Arena»:

Sendung mit Schlagseite

Welchen Film haben Sie kürzlich angeschaut?

Das Chamäleon, ein Actionthriller.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Die Bundesanwältin Carla Del Ponte, sie ist unerschrocken und beharrlich. Sie beweist, dass auch Frauen sich durchsetzen können.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Frieden und Freiheit für alle Völker ermöglichen.

Welchen Wunsch möchten Sie sich noch erfüllen?

Die faszinierende Metropole Hongkong besuchen, bevor die Verwaltung 1997 an China übergeht. ■

Kleine politische Schriften

Wer in der Politik Erfolg haben will, kann nicht immer moralisch handeln. Und umgekehrt, wer sich immer moralisch einwandfrei verhält, ist in der Politik zum Misserfolg verurteilt.

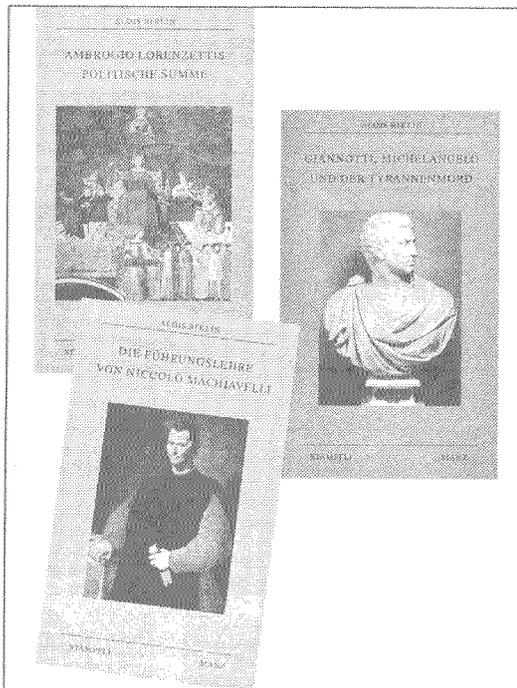
Die Führungslehre von Niccolò Machiavelli

Durch solche provozierende Leitsätze brach Niccolò Machiavelli (1469–1527) mit der traditionellen politischen Ethik. Ist sein Werk trotzdem oder etwa gerade deswegen als Führungslehre empfehlenswert? Alois Riklin geht die Frage dialektisch an. Einerseits kritisiert er die amoralische Schlagseite der Lehre Machiavellis. Andererseits entdeckt er im Werk des grossen Florentiner Staatsdenkers, unter Ausklammerung der antiethischen Giftküche, eine allgemeingültige Klugheitslehre der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führung. Das eigentliche ethische Defizit Machiavellis ortet

Riklin in der Übertreibung des Gemeinwohls, im bedingungslosen Patriotismus, letztlich in der Vergötzung des Vaterlandes.

Giannotti, Michelangelo und der Tyrannenmord

Viele kennen die berühmte Brutus-Büste Michelangelos. In diesem Meisterwerk hat der begnadete Bildhauer das Porträt des Caesar-Attentäters zu einer Charakterstudie des rechtschaffenen Tyrannenmörders verallgemeinert. Nur wenige aber kennen das Reliefporträt auf der



Fibula, das heisst, auf der Brosche, die das Brustgewand auf der rechten Schulter der Brutus-Büste zusammenhält. Zu diesem Fibula-Porträt gab es bisher zwei

Hypothesen. Die erste wollte darin ein Abbild von Brutus, die zweite von Giannotti sehen. Alois Riklin verwirft beide und behauptet, dass Michelangelo die Köpfe von Giannotti und Brutus wie in einem Vexierbild vermischte. Halb ernsthaft, halb scherzhaft begründet der Verfasser in einer spannenden Indizienkette seine Hypothese zum Fibula-Porträt. Dabei enthüllt er den Hintergrund eines faszinierenden Streitgesprächs zwischen Michelangelo und Giannotti über den Tyrannenmord.

Ambrogio Lorenzettis politische Summe

Um 1339 hat Ambrogio Lorenzetti im Auftrag der Republik von Siena einen Freskenzyklus für den Regierungssaal des Palazzo Pubblico geschaffen. Die Thematik umfasst Allegorien des guten und des schlechten Regiments mit ihren Wirkungen in Stadt und Land. Das Werk veranschaulicht eine in dieser Geschlossenheit einmalige politische Summe des stadtrepublikanischen Weltbildes im Trecento.

Alois Riklin gibt im ersten Teil eine ausführliche Bildbeschreibung. Im zweiten Teil schildert er die verschiedenen Deutungen und gelangt dabei zu neuen Ergebnissen. Er glaubt, in den kunstvollen, in der Volkssprache verfassten und in die Bilder integrierten Kanzonen das Programm gefunden zu haben, das Lorenzetti von den politischen Behörden als Auftrag vorgegeben worden war: eine in hohem Masse vom Alten und Neuen Testament inspirierte, theologisch begründete politische Ethik.

Alois Riklin: Die Führungslehre von Niccolò Machiavelli. Kleine politische Schriften 1/96. Koproduktion mit MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 160 Seiten, illustriert, gebunden. Fr. 39.–. ISBN 3-7272-9614-3. Giannotti, Michelangelo und der Tyrannenmord. Kleine politische Schriften 2/96. Koproduktion mit MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 120 Seiten, illustriert, gebunden. Fr. 39.–. ISBN 3-7272-9615-1.

Ambrogio Lorenzettis politische Summe. Kleine politische Schriften 3/96. Koproduktion mit MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 144 Seiten, illustriert, gebunden. Fr. 39.–. ISBN 3-7272-9616-X.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung. Verlag Stämpfli + Cie AG Bern, Postfach 8326, CH-3001 Bern.

Stoppt den Staat – er ist zu teuer!

Prof. Dr. Hans Letsch legt mit seinem neuesten Buch «Stoppt den Staat – er ist zu teuer!» eine weitere schonungslose Beurteilung zur Lage der Nation vor.

Mit Analysen, Zahlen und Fakten zeichnet Hans Letsch in leicht verständlicher Art den Weg des Landes vom angeblich «kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder» (H. Hubacher) zum hochverschuldeten Wohlfahrtsstaat nach: «Wir sind auf dem von Friedrich August von Hayek vorgezeichneten Weg zur Knechtschaft auf jener Zwischenstation gelandet, die der deutsche Zeitkritiker William S. Schlamm als den Morast der Mitte bezeichnet hat.»

Das Buch will das Bewusstsein für die ordnungs- und finanzpoli-

tische Verwahrlosung der Politik schärfen, die Dringlichkeit der Sanierung der Bundesfinanzen begründen und positive Signale aus der Politik aufnehmen sowie Stossrichtung und Prioritäten aufzeigen.

Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, 5001 Aarau (Herausgeberin). Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa, ISBN 3-85717-103-0.



Arbeitsgesetz – Es steht viel auf dem Spiel

Die vom Parlament am 22. März 1996 verabschiedete Revision des Arbeitsgesetzes ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz und für die Chancengleichheit der Frauen im Beruf von ausserordentlicher Bedeutung.

Ungleichheiten aufheben

Der Kerninhalt der Revision besteht in der Aufhebung der im heutigen Recht bestehenden Ungleichheiten zwischen Frau und

Mann im Bereiche der Nacht- und Sonntagsarbeit, in einer Flexibilisierung der Abendarbeit und in einer Verstärkung des Schutzes der Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Arbeitsplätze sichern

Wem die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz und die Chancengleichheit im Berufsleben ein echtes Anliegen sind, der setzt sich mit Überzeugung für

das neue Arbeitsgesetz ein. Bereits hat sich ein Komitee von 118 eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern gebildet, um diese wichtige Revision mit einem Ja in der Volksabstimmung erfolgreich abzuschliessen.

Jetzt dem Komitee beitreten

Wer sich für sichere Arbeitsplätze, für die Gleichstellung von Frau und Mann und für bessere

Schutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagieren möchte, ist eingeladen, dem Schweizerischen Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz» beizutreten (Inserat ausschneiden und den Talon ausgefüllt einsenden an: Schweizerisches Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz», Postfach 8615, 3001 Bern). ■

Jetzt dem Ja-Komitee beitreten

Einsenden an:

**SCHWEIZERISCHES
KOMITEE**
«Ja zum Arbeitsgesetz»
Postfach 8615
3001 Bern

Ich möchte dem Komitee beitreten

Ich möchte für einen Unkostenbeitrag von Fr. 10.– das ausführliche Argumentarium zu diesem Gesetz bestellen.

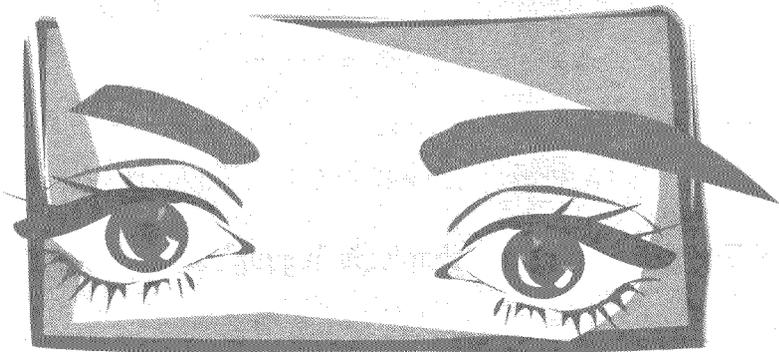
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

CHANCE



FÜR FRAUEN IM BERUF

Gleiche Chancen,
bessere Perspektiven.

JA
zum
Arbeits-
gesetz
am 1.12.1996

Schweizerisches Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz», Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern
Internet: <http://www.tgnet.ch/arbeitsgesetz/>

Zukunft für die Bio- und Gentechnologie in der Schweiz

Tagung der FDP Schweiz von Samstag, 23. November 1996, in Bern

Ort: Hotel Bellevue, Bern
Zeit: 9.30 Uhr–15.30 Uhr
Kosten: Tagungskarte Fr. 25.– (inkl. Kaffee, Mineral, Lunch, Unterlagen)
Zielpublikum: ■ Interessenten aus der ganzen Schweiz
 ■ Medien
Tagungsleitung: Nationalrätin Christiane Langenberger, VD

Programm

9.30 Uhr **Begrüssung und Ziel der Tagung**
 Nationalrätin Christiane Langenberger
 9.40 Uhr **Was ist Gentechnologie?**
 Einführendes Referat von Professor Dr. Heidi Diggelmann, Institut für Mikrobiologie, Lausanne
 10.00 Uhr **Rechtslage im In- (und Aus)land**
 Einführendes Referat von Professor Dr. Rainer Schweizer, SG
 10.20 Uhr **Was will die «Gen-Schutz»-Initiative?**
 Argumente der Initianten, von Dr. Antoine F. Goetschel, RA, Geschäftsführer Stiftung für das Tier im Recht
 10.40 Uhr **Was will die GenLex?**
 Kurzreferat von Nationalrat Marc F. Suter, Biel
 11.00 Uhr Kaffeepause
 11.15 Uhr **Informations- und Diskussionsforen**
 Experten stehen Red und Antwort
Forum 1: Rechtliche Leitplanken
 Prof. Dr. Rainer Schweizer
 Maître Daniel Pregrina, Genf
Forum 2: Ethische Aspekte (3. Welt; Tierversuche; transgene

Tiere; Funktion von Ethikkommissionen)
 Prof. Dr. Hans-Peter Schreiber, Basel
 PD Sabina Liechti-Gallati, Bern

Forum 3: Gentechnik in der Medizin
 (Pharmaprodukte; Organspende; transgene Tiere)
 Prof. Dr. Felix Gutzwiller
Forum 4: Gentechnik in der Landwirtschaft
 (inkl. Freisetzung; Lebensmittel)
 Dr. Arthur Einsele, Sandoz international, BS
 alt NR Walter Zwingli
Forum 5: Forschungsstandort Schweiz
 Prof. Dr. Clive Kuenzle, Uni Zürich
 Claude Bron, Lausanne
Forum 6: Bedeutung der Gentechnologie für die
 Wirtschaft/Arbeitsplätze
 (inkl. Patentierung)
 Nationalrat Dr. Johannes Randegger, BS
 Frau Dr. Elisabeth Spreng, Basel

13.00 Uhr Lunch
 14.00 Uhr Podiumsgespräch unter den Experten (Orientierung über die Diskussions-schwerpunkte in den Foren)
 Leitung: Christiane Langenberger
 14.30 Uhr Statements / Fragen aus dem Plenum
 15.20 Uhr Schlusswort Christiane Langenberger
 15.30 Uhr Ende der Tagung
 ■ Für eine Simultanübersetzung im Plenum wird gesorgt.
 ■ Den Diskussionen in den Arbeitsgruppen wird je ein deutsch- und ein französischsprachiger Experte beiwohnen. ■

Talon

Anmeldung für die Bio- und Gentechnologie-Tagung vom 23. November 1996 in Bern

Name, Vorname: _____

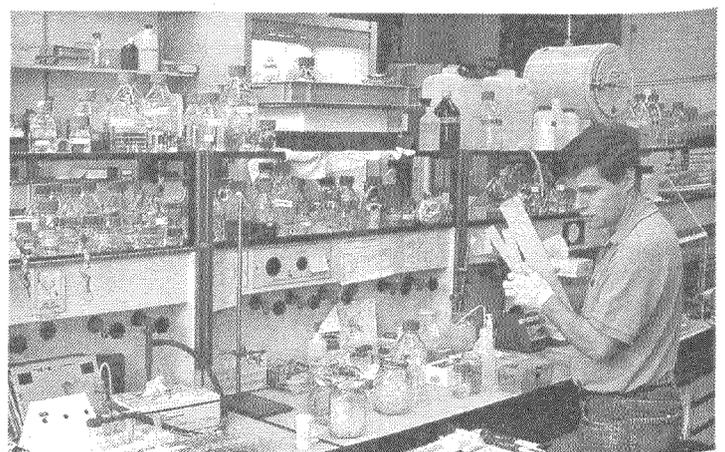
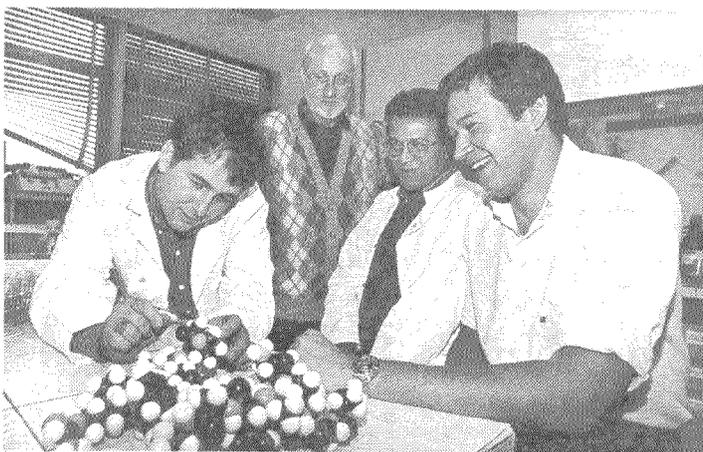
Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: 031 312 19 51.



Die Bio- und Gentechnologie: Eine Zukunftstechnologie steht vor entscheidenden politischen Weichenstellungen.

(Photos key)



AMAG... news jeden
Sonntag auf Schweiz 4.
Mit Autowettbewerb.



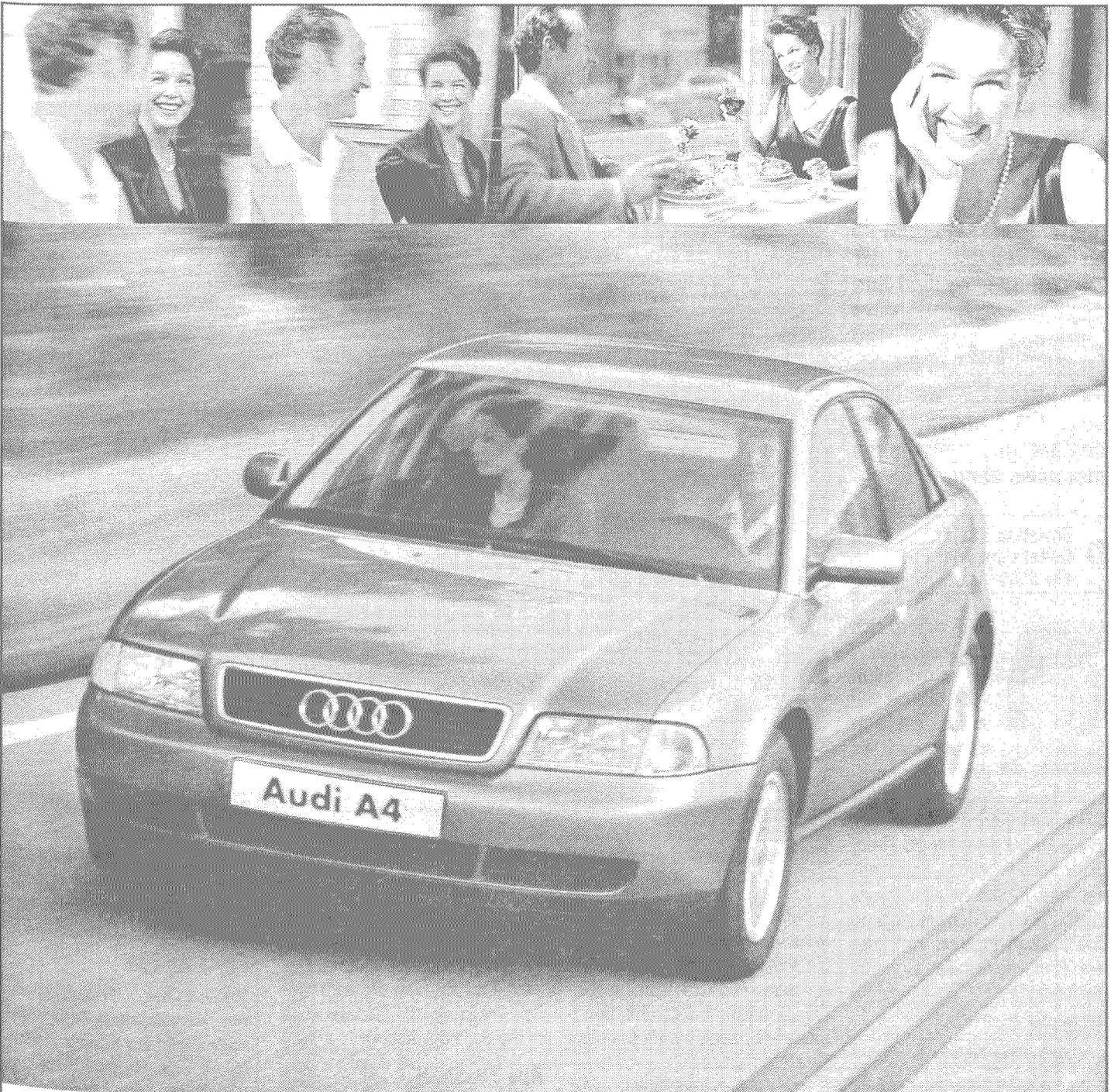
AMAG-Leasing: Audi A4, Listenpreis ab
Fr. 32800.-. Leasing Fr. 16.55 pro Tag / Fr. 502.70 mtl.
(48 Monate / 10000 km pro Jahr).



Audi auf Internet
<http://www.amag.ch>



AMAG Import, 5116 Schinznach-Bad,
und die 500 Audi-Partner zeigen
Ihnen die stärksten Argumente.



Audi A4. Wer Spass am Fahren hat, sieht mehr von der Welt.

Im Audi A4 haben Sie Spass! Denn er ist ein Auto, das durch sein Design fasziniert und mit technischen Innovationen beeindruckt. Ein Auto, das Wirtschaftlichkeit und Umwelt in gleichem Masse berücksichtigt. Ein Auto, das Sportlichkeit mit Langstreckenkomfort vereint. Ein Auto, das Stil dokumentiert, statt mit Status zu imponieren. Alles in allem gesehen, ein schon ziemlich einzigartiges Auto. Audi A4 ab Fr. 32 800.-.

quattro. Für Ihre Sicherheit.

Audi 
Vorsprung durch Technik.

Millionäre als Gewerkschafter

Setzt ein Politiker zu einem Schuss an, produziert er in Bedrängnis ein Eigentor oder geht ihm in der zweiten Halbzeit der Schnauf aus, so sind ihm Misstrauen, Spott oder Aburteilung gewiss. Bei Fussballern rufen dieselben «Delikte» wohlwollende Erklärungen, Kommentare und seitenlange Interviews hervor.

Christian Kauter,
Generalsekretär FDP
der Schweiz



Nun wagen sich die Fussball-Profis auf das politische Glatteis: Sie stellen ein Aufnahmegesuch für den Gewerkschaftsbund. Selbstverständlich stehen auch jetzt die Interviewer bereit. Andy Egli, heute FC Thun, früher Spieler bei den Grasshoppers und in der Nationalmannschaft, Präsident der potentiellen Gewerkschaft Profoot, antwortet dem Pressedienst des Gewerkschaftsbundes.

Fussball und Arbeitsgesetz

Weil niemand kompetenter ist als ein Spitzenfussballer, der seine Millionen vorwiegend am Sonntag verdient hat, äussert er sich zum Arbeitsgesetz. Als Neo-Gewerkschafter weiss Andy, wo er zu stehen hat: Die Fussballer sind stramm gegen dieses Gesetz, weil



Die Fussballer und die Nachtarbeit: Anderen verbieten, was man selber darf.

(Photo key)

«die Leute» die Fussballmatches nicht besuchen können, «wenn sie während dieser Zeit arbeiten müssen». Merke: Für sich wollen die Berufsfussballer die Sonntagsarbeit, allen anderen wollen sie sie verbieten.

Herr Egli weiss offenbar nicht, dass er und seinesgleichen bereits gestützt auf das heutige Gesetz ihrem Beruf am Sonntag nachrennen dürfen. Er weiss darum auch nicht, dass das neue Arbeitsgesetz nur eine leichte Öffnung des heute bestehenden Türspalts bringt, durch welchen die Bewilligungen zur Sonntagsarbeit gereicht werden können – wenn es denn mal sein muss. Aktenstudium, Herr Egli!

Nach dem schmählichen 0:1 der am höchsten bezahlten schweizerischen Gewerkschafter in Baku machte sich einer der besten Kenner des Fussballs seine Gedanken über die neue Marschrichtung unserer Kicker. Alt-Chefredaktor Walter Lutz legt ihnen folgende Empfehlung in den

Mund: «Professionell musst du in Geldfragen und im Poker um Prämien sein. Das ist wichtig. Das zählt. Und das zahlt. Deshalb wollen wir Profoot-Millionäre auch in die Gewerkschaft.»

Aus Fussball mache Politik

Andy Egli hält dem entgegen, das Durchschnittseinkommen schweizerischer Berufs-Kicker belaufe sich «nur» auf 90 000 Franken. Schüttelt einer ungläubig den Kopf, so räumt er im Interview ein, in der Nationalliga A möge dies gut 110 000 Franken betragen.

Egli wird sich daran gewöhnen müssen, dass nun auch er mit Misstrauen, Spott oder Aburteilung leben muss. Denn er ist ab sofort ein Angreifbarer, ein Politiker. ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Dr. Markus R. Seiler (MRS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren.
Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

Garten- und Landschaftsarchitekten
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4628262

2 Milliarden

STROM - FORUM 6 / 96

Zwei Milliarden Franken pro Jahr fliessen von den Schweizer Elektrizitätswerken in öffentliche Kassen. Dies entspricht einem Viertel des durchschnittlichen Strompreises. Die Industrie ist jedoch auf tiefere Strompreise angewiesen, um ihre Konkurrenzfähigkeit und damit ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Deshalb stehen diese Abgaben und weitere Forderungen im krassen Gegensatz zu den Anliegen der Schweizer Wirtschaft.

Studie bringt es ans Licht *

Die Elektrizitätswerke werden nicht etwa subventioniert, sondern liefern pro Kilowattstunde rund 4,5 Rappen an öffentliche Kassen. Eine Studie hat ergeben, dass die Stromproduktion mit etwa 2,5 Rp./kWh, die Verteilwerke mit 0,6 bis 7,3 Rp./kWh belastet werden.

40 Belastungsarten

Die Abgaben der Elektrizitätswerke fliessen aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen, wie zum Beispiel: Beiträge an Bau und Unterhalt von Verkehrswegen, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Beleuchtung, Ener-

giesparfonds, Fischzuchtbeiträge, Gewinnablieferung von Gemeindewerken, Gratis- und Vorzugsenergie, Konzessionsgebühren, Lawinendienst, Schwemmholtzordnung, Wasserzins, um nur einige zu nennen.

Trendumkehr nötig

Industriebetriebe in der Schweiz bezahlen schon heute hohe Strompreise. Doch damit noch nicht genug: Weitere Forderungen wie Energieabgaben, Solarrappen, Wasserzinserhöhung, Finanzierung des flexiblen Rentenalters ab 62 für Mann und Frau etc. stehen an. Dies gefährdet die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Industrie zusätzlich.

* Bestellcoupon

für die Kurzfassung der Studie der BSG Unternehmensberatung: «Finanzielle Belastung der Elektrizität durch öffentliche Gemeinwesen»

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Einsenden an VSE, Postfach 6140, 8023 Zürich



VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

Unternehmenssteuerreform in Zeiten leerer Kassen

Am 1. Juli hat der Bundesrat verschiedene Vorschläge für eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Vernehmlassung gegeben. Mit dem Ziel, den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken, sollen Holdinggesellschaften sowie kleine und mittlere Unternehmen Steuererleichterungen erhalten. Je nach Variante sind Einnahmehausfälle für die Bundeskasse zwischen 90 und 210 Millionen Franken zu erwarten.

 Bundesrat Kaspar Villiger*



Der Staat braucht Steuern, um seine Leistungen erbringen zu können. Steuern entziehen indessen der Wirtschaft Mittel, die sie auch für Wachstum und Investitionen selber brauchen könnte. Es ist deshalb wichtig, dass die gesamte Steuerbelastung der Unternehmen und der Investoren massvoll bleibt. Dazu kommt, dass im gnadenlosen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte hohe Steuerlasten zur Abwanderung von Unternehmen führen können. Das ist der Grund dafür, dass der Bundesrat die Finanzen ausser in den Bereichen Neat und Sozialversicherung ohne Mehreinnahmen sanieren will.

Schweiz: noch immer günstiger Steuerstandort

In jüngster Zeit wird der Steuerstandort Schweiz häufig auch von Verbandsseite und von Politikern heftig und pauschal attackiert. Ein zahlenmässiger Beleg solcher Verunglimpfung fehlt allerdings immer. Ich behaupte, dass die Steuersituation in der Schweiz für Kapitalgesellschaften trotz Verbesserungen in anderen Ländern noch immer ausgesprochen günstig ist. Die Sätze der Körperschaftssteuern sind bei den niedrigen im OECD-Raum. Bei der Gewinnvermittlung sind wir wohl bei den allergünstigsten. Wo

kann man grosszügiger abschreiben und erst noch die bezahlten Steuern als Aufwand abziehen?

Das Problem der sogenannten Doppelbesteuerung besteht. Aber es wird aufgebläht. Bei tiefen Steuersätzen ist ihr Effekt ohnehin kleiner als anderswo. Zudem können Unternehmer in recht grosszügiger Weise über Darlehen finanzieren und die Doppelbesteuerung vermeiden, ohne dass ihnen verdecktes Eigenkapital aufgerechnet wird. Und die Anteile können sie erst noch auch mit grossem Gewinn

«Steuererleichterungen sind immer wünschbar. Sie werden auch, weil man das Argument der Konkurrenzfähigkeit derzeit für überzeugend hält, noch und noch gefordert.»

steuerfrei veräussern, weil wir keine Kapital- und Beteiligungsgewinnsteuer kennen.

Die letzten Jahre brachten Verbesserungen

Weiter wurden in jüngerer Zeit einige wirtschaftsfreundliche Verbesserungen vorgenommen. Ich denke an die Verlängerung des Verlustvortrages auf 7 Jahre, die Revision der Stempelsteuern, den Übergang zur Nettoertragsmethode bei Beteiligungserträgen, die Beseitigung der Taxe occulte mit der Einführung der Mehrwertsteuer, die Senkung der Emissionsabgabe auf Aktienkapital von 3 auf 2 Prozent, die Befreiung der ersten 250 000 Franken Kapital von der Emissi-

onsabgabe oder das noch zu ratifizierende Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA.

Natürlich wären weitere Steuererleichterungen wünschbar. Steuererleichterungen sind immer wünschbar. Sie werden auch, weil man das Argument der Konkurrenzfähigkeit derzeit für überzeugend hält, noch und noch gefordert.

Notwendiges und Wünschbares trennen

In der Tat gibt es einige Bereiche, in welchen Handlungsbedarf tatsächlich besteht. Aber es gilt, zwischen dem Notwendigen und dem Wünschbaren zu unterscheiden. Steuererleichterungen in nicht zwingenden Bereichen würden die dringliche Sanierung der Bundesfinanzen nicht nur finanziell, sondern auch psychologisch enorm erschweren. Man kann nicht breiten Kreisen im Volk schmerzhaftes Opfer auferlegen und gleichzeitig Steuergeschenke an partikuläre Gruppen verteilen. Das würde zu Recht als ungerecht, als provozierend empfunden.

Wenn das vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebene Paket zur Verbesserung der Unternehmensbesteuerung da und dort als schmalbrüstig und kleinkariert bezeichnet wird, so zeugt diese Qualifikation von wenig Einsicht in das zurzeit Mögliche und politisch Schickliche. Man kann auch vom Finanzminister nicht erwarten, dass er das, was er zahllosen Interessengruppen unter Erzeugung von lautem Wehklagen an Sparmassnahmen abringen muss, gleichentags ändern unter Belassung der grossen Defizite wieder verschenkt.

Die Holdingbesteuerung

Handlungsbedarf besteht im Bereich der Holdinggesellschaften. Natürlich ist der Standort Schweiz nach wie vor günstig. Aber andere Länder haben die

steuerlichen Bedingungen verbessert.

Man kann die Holdingbesteuerung nicht losgelöst vom Problem der Quellensteuern auf Dividenden von Tochtergesellschaften, der sogenannten Sokkelsteuern, beurteilen. In vielen Doppelbesteuerungsabkommen konnte der für beide Seiten vor-

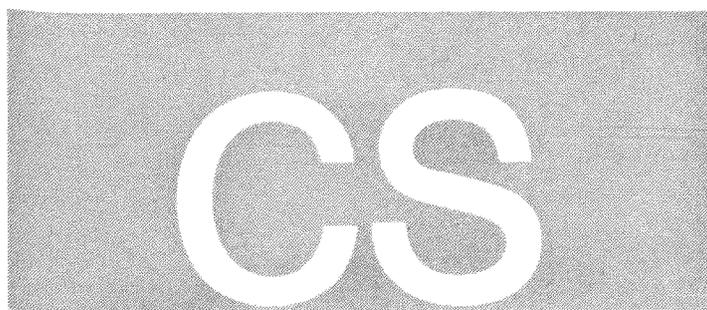
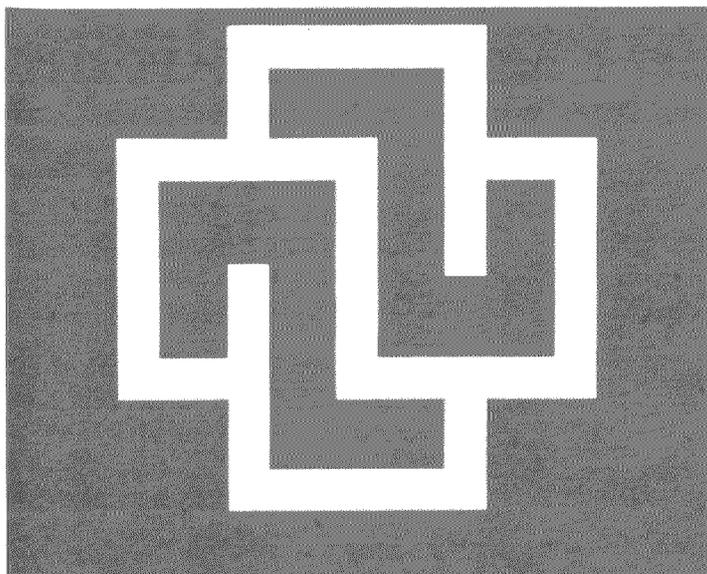
«Man kann nicht breiten Kreisen im Volk schmerzhaftes Opfer auferlegen und gleichzeitig Steuergeschenke an partikuläre Gruppen verteilen.»

teilhafte Nullsatz vereinbart werden, aber nicht in allen. Seit innerhalb der EU der Nullsatz gilt, besteht eine Tendenz, Beteiligungen in Subholdings in ein EU-Land auszulagern.

Deshalb wird verlangt, dass dies ohne Besteuerung der stillen Reserven ermöglicht wird. Dies könnte über die Ausdehnung des Beteiligungsabzugs auf Kapitalgewinne geschehen. Natürlich wird die Forderung nach diesem Beteiligungsabzug nicht so begründet, sondern mit dem ebenfalls zutreffenden Argument, damit könne die Attraktivität des Standortes Schweiz verbessert werden.

Es ist indessen nicht von der Hand zu weisen, dass der Aderlass wesentlich grösser als der Gewinn werden könnte. Zudem sind die Ausfälle beträchtlich, weil natürlich auch Inlandtransaktionen steuerfrei würden. Der vom Bundesrat als Variante vorgeschlagene Aufschub der Besteuerung der stillen Reserven bei grenzüberschreitenden Restrukturierungen könnte das Problem ohne eigentliche Steuerausfälle weitgehend entschärfen. Dies würde es ermöglichen, den ebenfalls vorgeschlagenen Übergang zur proportionalen Ertragssteuer zu einem sehr viel attraktiveren Steuersatz vorzunehmen.

* Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes.



Die «weitere Verbesserung eines günstigen Zustands» als Ziel: Unternehmenssteuerreform mit den Schwerpunkten Holdingbesteuerung und Einführung der proportionalen Gewinnbesteuerung.

Die proportionale Gewinnbesteuerung

Es ist ökonomisch nicht einsichtig, dass zwei Unternehmen, die genau dasselbe tun und denselben Gewinn erwirtschaften, je nach Verhältniskapital unterschiedlich hohe Steuern zahlen. Der exklusiv helvetische Dreistufenfiskus benachteiligt zudem junge und dynamische Unternehmen, die noch wenig Kapital bilden konnten. Das ist volkswirtschaftlich unerwünscht.

Der Übergang zur Proportionalbesteuerung ist fällig. Es ist auch sinnvoll, gleichzeitig die Anrechnung der Kapitalsteuer einzuführen. Das erleichtert kapitalstarken Unternehmen den Übergang und mildert das Problem der Doppelbelastung. Ganz sollte aber auf die Kapitalsteuer nicht verzichtet werden. Mit der Anrechnung wird sie zur Minimalsteuer, die verhindert, dass zahllose juristische Personen zu «Gratisbürgern» werden. Immerhin zahlen gegen die Hälfte der Aktiengesellschaften überhaupt keine Ertragssteuern.

Die Proportionalsteuer bringt den kleinen und mittleren Unternehmen und den jungen dynamischen Unternehmen allerdings nur Vorteile, wenn der Satz nicht zu nahe beim heutigen Maximalsatz liegt. Mit der Anrechnung der Kapitalsteuer zusammen würde der in einer Variante vorgeschlagene Satz von 8,9 Prozent sogar zu Ausfällen führen, so dass der Vorwurf, der Bund wolle mit der Proportionalsteuer ein Geschäft machen, unhaltbar ist. Ich würde diese Variante aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gegenüber der Variante 9,4 Prozent vorziehen. Sie ist indessen nur realisierbar, wenn die Ausfälle bei der Holdingbesteuerung in Grenzen gehalten werden können.

Der Übergang zur Proportionalbesteuerung würde zudem die Einführung der Verlustverrechnung im Konzern erlauben, die beim heutigen System undenkbar ist.

Am Rande sei erwähnt, dass in der bundesrätlichen Vernehmlassungsvorlage die Entlastung des Eigenkapitals von der Emissions-

abgabe bis zu einer Million bei Neugründungen und eine Erleichterung der fiskalischen Behandlung eigener Aktien vorgeschlagen werden.

Gewiss, das alles mag nicht als spektakulär erscheinen. Es geht

«Es ist ökonomisch nicht einsichtig, dass zwei Unternehmen die genau dasselbe tun und denselben Gewinn erwirtschaften, je nach Verhältniskapital unterschiedlich hohe Steuern zahlen.»

ja auch nicht um die Behebung eines Notstandes, sondern um die weitere Verbesserung eines ohnehin schon günstigen Zustandes.

Es ist zu schaffen!

Die Schweiz ist zurzeit eine politische Grossbaustelle. Das politische System ist bis an seine Grenzen belastet, und obwohl der Reformbedarf unbestritten ist, gehen die Meinungen über den einzuschlagenden Weg weit auseinander.

Wir werden wohl noch für längere Zeit mit Unrast, Verunsicherung und Verteilungskämpfen leben müssen. Wenn wir aber jetzt den Mut aufbringen, die wichtigsten Reformen zu realisieren, die Leistungen des Staates und deren Kosten wieder in Einklang zu bringen und Volk und Wirtschaft die nötigen Freiräume zur Entfaltung ihrer Initiative zu belassen, werden wir zuversichtlich die Jahrhundertwende erwarten können. Das wird allerdings Mut, Risikofreude und Sinn fürs Mass benötigen! ■

JF SCHWEIZ

Davide Robbiani, TI, 23, Medizinstudent, wurde am Kongress der JF Schweiz vom 29. September zum neuen Präsidenten der JF Schweiz gewählt.

Herzliche Gratulation!

Christine Beerli neue Fraktionschefin

MRS. Die neue Präsidentin der FDP-Fraktion der Bundesversammlung heisst Christine Beerli. Sie wurde mit 28 Stimmen (bei einem absoluten Mehr von 28 Stimmen) als Nachfolgerin von Nationalrat Pascal Couchepin (VS) gewählt. Sie wird ihr Amt auf die vorsektionale Fraktions-sitzung vor der kommenden Wintersession hin antreten.



Herzliche Gratulation! Die ersten Blumen für die neue Fraktionspräsidentin. (Photo ruti)

Die Spitze der FDP-Fraktion setzt sich neu wie folgt zusammen:

- Präsidium:** SR Christine Beerli
Vizepräsidium: NR Gerold Bühler
 NR Adriano Cavadini
Übrige Vorstandsmitglieder: SR Thierry Béguin
 SR Kurt Schüle
 NR Jean-Nicolas Philipona
 NR Peter Tschopp
 NR Duri Bezzola
 NR Toni Dettling

- (ex officio)
 NR Trix Heberlein
 NR Rudolf Steiner
 NR Franz Steinegger (Parteipräsident)
 SR Andreas Iten (Büro Ständerat)
 NR Christiane Langenberger (Büro Nationalrat)
 NR Karl Tschuppert (Büro Nationalrat)
 SR Otto Schoch (Ständeratspräsident, bis Ende 96)
 SR Fridolin Schiesser
 (Vorsitzender SR-Gruppe)



Das neugewählte Führungstrio der FDP-Fraktion der Bundesversammlung (v. l.): Nationalrat Gerold Bühler, Vizepräsident; Ständerätin Christine Beerli, Präsidentin; Nationalrat Adriano Cavadini, Vizepräsident. (Photo ruti)

KOLUMNE

Zeitbombe Ausländerpolitik



An Alarmzeichen hat es nicht gefehlt. Aber sie werden kaum zur Kenntnis genommen. In der Öffent-

lichkeit dominieren die Leidensberichte der Hilfswerke sowie die Klagen über die angeblich unzulängliche Asylgesetzgebung. Dabei müssten die Abstimmungsresultate der letzten Jahre immer mehr zu denken geben.

Selbst die fast unbestrittene Vorlage für die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer scheiterte 1994. Eine ganze Reihe von kantonalen Vorlagen zur Erweiterung der politischen Rechte der Ausländer wurde

recht massiv verworfen. Dagegen wurden die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht trotz der heftigen Opposition 1994 von nicht weniger als 73 Prozent der Stim-menden und von allen Ständen angenommen.

Doch die eindrücklichen Willenskundgebungen an der Urne hindern die von den Hilfswerken forcierte links-grüne Koalition nicht, das Fass noch ganz zum Überlaufen zu bringen. In der Kommission zur Totalrevision des Asylgesetzes versuchen die Sozialdemokraten und die Grünen mit Hilfe des linken Flügels der Christlichdemokraten hemmungslos, die Rechtsstellung der Asylbewerber weiter auszubauen. Auch in der Asylpraxis

werden allen Versuchen zur Rückführung abgewiesener Asylbewerber möglichst viele Steine in den Weg gelegt. Inzwischen nimmt das dumpfe Grollen bei den schweizerischen Stimmberechtigten eher zu als ab. Und es hat auch seine realen Gründe: Die Zahl der Ausländer hat von 1986 bis April 1996 von 946 000 auf 1 336 000 zugenommen, obwohl der Bundesrat schon vor zehn Jahren die Einwanderung eindämmen wollte. Zählt man die in dieser Statistik nicht enthaltenen Saisoniers, Kurzaufenthalter, internationalen Funktionäre und Asylbewerber dazu, so waren es im letzten Frühling 1 483 479 Ausländer oder 20,7 Prozent.

Für den Asylbereich wurden 1996 862 Millionen Franken an Bundesausgaben budgetiert. Zudem ist der Eindruck immer noch weit verbreitet, dass von ei-

nem Teil der Flüchtlinge dank der Beratung durch die Hilfswerke die Fürsorgezitrone bis zum letzten Tropfen ausgequetscht werde. Dass über 50 Prozent der Gefängnisinsassen in der Schweiz Ausländer sind, verbessert die Stimmung ebenfalls nicht. Wie in ganz Westeuropa ist auch in der Schweiz die Asyl- und Ausländerpolitik ein sehr heikler Bereich. Es besteht die Gefahr, dass der Groll sich schliesslich am falschen Objekt entlädt, zum Beispiel an der am 1. Dezember 1996 zur Abstimmung kommenden SVP-Initiative, oder dass die Initiative zur Begrenzung des Ausländerbestandes auf 18 Prozent eine reelle Chance hat.

Die Zeitbombe Asyl- und Ausländerpolitik tickt. Es ist zu hoffen, dass sie nicht im falschen Moment losgeht.

Kurt Müller, Meilen

Delegiertenversammlung in Basel

MRS. Am Samstag, 19. Oktober 1996, findet in Basel die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz statt. Politische Schwerpunktthemen sind die künftigen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt Schweiz. Dazu gehört auch die Parolenfassung zur Abstimmung vom 1. Dezember über das revidierte Arbeitsgesetz.



Am 19. Oktober heisst Basel die FDP zur Delegiertenversammlung willkommen. (Photo key)

Ausserordentliche Delegiertenversammlung

Samstag, 19. Oktober 1996, 9.30 Uhr, Messe Basel (Saal San Francisco)

Wirtschaftlich aufwärts oder abwärts?

Antworten der FDP auf die Globalisierung und zur Zukunft des schweizerischen Arbeitsmarktes

Programm

- ab 9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 9.30 Uhr Eröffnungsansprache von Parteipräsident
NR Franz Steinegger: «Die Wettbewerbsfähigkeit ist ein Muss!»
- 9.50 Uhr Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz: «Globalisierung: Chance und Herausforderung zugleich!»
- 10.10 Uhr Bundesrat Kaspar Villiger: «Sanierung der Bundesfinanzen: langfristiges Erfolgspotential zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen!»
- 10.30 Uhr Podiumsdiskussion: «Ein flexibler Arbeitsmarkt als entscheidende Voraussetzung für Beschäftigung!». Unter der Leitung von Markus Gisler, Chefredaktor «Cash»; diskutieren: Christian Bay, Geschäftsführer O. Bay AG, Peter Hemlicher, Geschäftsführer Contimax SA, Jean-Luc Nordmann, Direktor Biga (angefragt), Erich Müller, Nationalrat (ZH), Käthi Bangerter, Nationalrätin (BE)
- 11.30 Uhr Volksabstimmung vom 1. Dezember: «Revision des Arbeitsgesetzes»
Kontradiktorische Diskussion. Unter der Leitung von Markus Gisler, Chefredaktor «Cash»; diskutieren:
Pro: Françoise Saudan, Ständerätin (FDP)
Helen Leumann, Ständerätin (FDP)
Kontra: Jean-Claude Renwald, Nationalrat (SP),
Bruno Weber, Zentralsekretär CNG
- ca. 12.30 Uhr Parolenfassung zum Arbeitsgesetz
12.30 Uhr Schlusswort des Parteipräsidenten
anschl. Apéro

Talon

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit dem Talon an.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern,
Fax (031) 312 19 51.

SWISSEURO
GLOBAL.



K.177

FDP Schweiz International: Im Dialog mit der fünften Schweiz

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die FDP auch dieses Jahr die Gelegenheit des Auslandschweizerkongresses vom 24. August 1996 in Neuenburg dazu benutzt, um den Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der fünften Schweiz zu pflegen. Am Vorabend hielt die FDP Schweiz International ausserdem ihre Mitgliederversammlung ab.

Regine M. Sauter,
Politische Sekretärin
FDP Schweiz

Die FDP Schweiz International führt ihre Mitgliederversammlung traditionellerweise am Vorabend des Auslandschweizerkongresses durch. In diesem Jahr bot sich ausserdem die Gelegenheit, die aus den verschiedensten Regionen der Welt angereisten Mitglieder im Haus des Parti radical neuchâtelais quasi unter «eigenem Dach» zu begrüssen.

Dass die Beteiligung besonders gut war, lag, neben der Möglichkeit, alte Bekanntschaften wieder aufzufrischen, an dem interessanten Vortrag von Nationalrat Dr. Johannes Randegger (BS). Er referierte über die von linker Seite lancierte Gen-Schutz-Initiative und beschrieb eindrücklich die verheerenden Folgen, welche deren Annahme auf den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz hätte: Schlüsselbereiche sollen verboten und die nicht verbotenen Gentechnikfelder mit derart aufwendigen Bewilligungsverfahren belegt werden, dass unser Land für die Forschung kein attraktiver Platz mehr wäre.

Einen weiteren wichtigen Punkt bildete die Gesamterneuerungswahl des Vorstandes der FDP Schweiz International. Alt Botschafter Heinz Langenbacher

und Botschafter Jürg Leutert waren im Verlaufe des Jahres von ihrem Amt zurückgetreten. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die übrigen Mitglieder, ebenso wie der Präsident, präsentierten sich alle zur Wiederwahl. Neu zur Wahl zur Verfügung

gestellt hatte sich Minister Peter Vogler. Die Mitglieder haben ihrem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen und ihn einstimmig gewählt. ■



Die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im persönlichen Gespräch ergründen: FDP-Stand am Auslandschweizerkongress in Neuenburg.

Der Vorstand der FDP Schweiz International

- Georg Stucky, Nationalrat (Präsident)
- Christian Kauter, Generalsekretär FDP Schweiz (Vizepräsident)
- Francine Asmis, Derendingen
- François Chappuis, Minister, New York
- Walter Fetscherin, Botschafter, Prag
- Ulrich Kündig, RSI, Bern
- Willi Lutz, Chambéry
- Peter Vogler, Minister, Genf

Jahresbericht des Präsidenten

Dass das Wahljahr 1995 seine Schatten vorauswirft, war im 4. Geschäftsjahr der FDP Schweiz International deutlich zu spüren. Zum ersten Mal konnten rund 60 000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer an den eidgenössischen Wahlen teilnehmen. Für die FDP Schweiz International hiess dies, Zielvorstellungen darzulegen, die Wähler anzusprechen, also Informationen zu verbreiten, Werbung zu betreiben und schliesslich auch – ein Novum – nach Kandidaten Ausschau zu halten.

Somit wurde ein «internationaler Wahlkampf» geführt, die Werbung erschien in fünf Sprachen in der «Swiss Revue», zu-

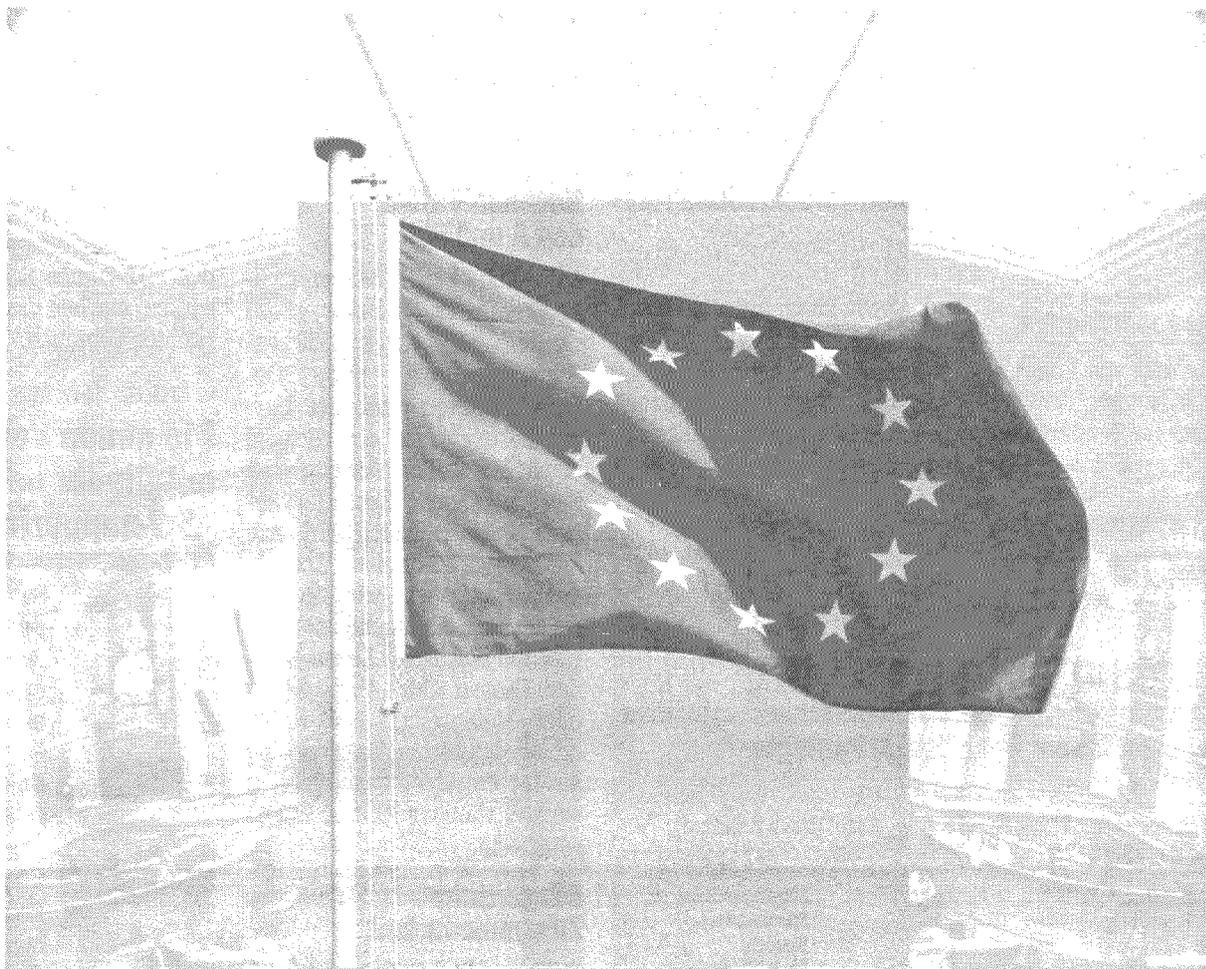
sätzlich zur Präsenz am Auslandschweizerkongress. Der Vorstand der FDP Schweiz International hat auch ein Positionspapier erarbeitet, welches konkret auf die Anliegen der Auslandschweizer eingeht. Auch die Wahlkampfplattform der FDP Schweiz stiess im Ausland auf reges Interesse. Die FDP konnte viele überzeugen, weil sie sich für eine weltoffene Schweiz und eine konkurrenzfähige Wirtschaft, die innere und äussere Sicherheit des Landes und nicht zuletzt verbesserte Beziehungen der Auslandschweizer zu ihrer Heimat einsetzt.

Auf der Liste der FDP Stadt Zürich hat in der Person von Hans-Ulrich Pestalozzi ein Aus-

landschweizer kandidiert. Er führte einen engagierten und überzeugenden Wahlkampf und erreichte ein für einen Neuling hervorragendes Resultat, welches allerdings nicht zur Wahl reichte. Es zeigt sich, wie schwierig ein Erfolg für einen Auslandschweizer sein wird, weil der Bekanntheitsgrad eine essentielle Rolle spielt.

Für das laufende Jahr haben wir uns folgende Ziele gesetzt: die Information unserer Mitbürger im Ausland, die Werbung neuer Mitglieder und die Gründung weiterer Sektionen.

Georg Stucky,
Nationalrat, Baar ZG



Ja zur Schweiz heisst Ja zu Europa.

Wir wollen den Werk-, Dienstleistungs-, Finanz- und
Forschungsplatz Schweiz erhalten - auch in einem
neuen Europa!

Wenn wir wollen, dass die Schweiz auch
dann noch die Schweiz bleibt, müssen wir uns offensiv
den neuen Herausforderungen stellen!

Denn Ja zur Schweiz heisst auch Ja zu Europa.

Neue Köpfe und neue Ideen

Der Vorstand der FDP-Frauen Schweiz hat sich verstärkt. «Schnupperfrauen» haben Einsitz genommen und sollen zusammen mit den ordentlich gewählten Vorstandsmitgliedern für einen markanten Auftritt der FDP-Frauen sorgen. Zudem werden verschiedene Ressorts neu organisiert.

Brigitte Kaufmann-Arn

Unter der Leitung von Franziska Frey-Wettstein nimmt der Vorstand zurzeit eine Neuverteilung der Aufgabenbereiche vor. Klare

Aufgabenteilung, besserer Informationsaustausch unter den Ressorts und Doppelführung sind die wichtigsten Stichworte der neuen Organisation. Ziel aller Massnahmen ist es, als unabhängige FDP-

Frauenorganisation mehr Profil zu gewinnen und dabei die Eigenständigkeit in der Meinungsbildung zu bewahren.

Kommunikation das A und O

Anlässlich einer Präsidentinnenkonferenz im Februar 1996 wurde ein erstes Stärken-Schwächen-Profil der FDP-Frauen Schweiz erarbeitet. Darauf aufbauend hat der Vorstand einen Massnahmenkatalog zum Bereich Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Darin enthalten sind auch für die FDP-Frauen Schweiz neuere Aufgaben, wie sie eine zeitgemässe Kommunikation gerade auf politischer Ebene erfordert (Round tables, Pressearchive oder Monitoring). Alle vorgeschlagenen Massnahmen werden an der Präsidentinnenkonferenz vom 29. Oktober 1996 in Zürich vorgestellt.

Bürgerliche Zusammenarbeit

Prüfen will der Vorstand auch eine vermehrte Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauenorganisationen. Viele frauenpolitische Fragen (Sozialversicherung, Schwangerschaftsabbruch, Tagesschulen/Blockzeiten) sind ungelöst, weil das fehlende gemeinsame Wirken bürgerlicher Frauen mehrheitsfähige Lösungen verhindert.

Doppelte Besetzung der Ressorts

Die Aufgaben der einzelnen Ressorts innerhalb des Vorstandes der FDP-Frauen Schweiz sollten möglichst professionell und effizient erledigt werden. Der Vorstand hat sich deshalb für eine Doppelbesetzung entschieden. Für die Finanzen sind Irene Ägerter, Winterthur, und Beatrice Seiterle Weiss, Pfaffhausen, zuständig. Als Vizepräsidentinnen amtierenden Véronique Grolimund, Grand-Saconnex, und Barbara Meienfisch, Solothurn. Ursula Stähli, Erlinsbach, und Beatrice Seiterle Weiss betreuen das Ressort Tagungen/Ausbildungen.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird neu in «Kommunikation nach innen» und «Kommunikation nach aussen» gegliedert. Für den inneren Bereich sind Brigitte Kaufmann-Arn, Uttwil, und Margrit Weber-Scherrer, Zufikon, zuständig. Die Kommunikation nach aussen wird von Margot Vögele, Oberriet, und Sybille Burger, Bern, betreut. Von der Möglichkeit, als «Schnupperfrau» bei den FDP-Frauen Schweiz mitzuwirken, machen die vier Letzgenannten Gebrauch.

Die neuen Vorstandsmitglieder und «Schnupperfrauen»



Sybille Burger-Bono, Bern
Ressort «Kommunikation nach aussen/Protokollaktuarin»



Brigitte Kaufmann-Arn, Uttwil
Ressort «Kommunikation nach innen»



Beatrice Seiterle Weiss, Pfaffhausen
Ressort «Veranstaltungen»



Ursula Stähli, Erlinsbach
Ressort «Veranstaltungen»



Margrit Weber-Scherrer, Zufikon
Ressort «Kommunikation nach innen»



Margot Vögele, Oberriet
Ressort «Kommunikation nach aussen»

EINLADUNG

zur öffentlichen Tagung der FDP-Frauen Schweiz

Gentechnologie im Alltag

Was ich schon immer über Gentechnologie wissen wollte

Samstag, 16. November 1996, Hotel Hilton, Basel (beim Bahnhof), 9.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr

| | | |
|-------------|---|-----------------------------|
| ab 9.30 Uhr | Empfang, Kaffee, Gipfeli | FDP Frauen Basel |
| 10.00 Uhr | Begrüssung | Franziska Frey-Wettstein |
| 10.05 Uhr | Politische Gedanken zur Gentechnologie | Dr. Stéphanie Mörkofer-Zwey |
| 10.40 Uhr | Gentechnologie in der Hand des Arztes | Regierungsrätin AG |
| 11.20 Uhr | Allergien und gentechnisch veränderte LM | Prof. Dr. Thomas E. Lüscher |
| 12.00 Uhr | Diskussion zu den Referaten | Dr. Susan Gerber-Huber |
| 12.40 Uhr | Mittagessen/Steh-Lunch | Ltg. Franziska Gambirasio |
| 13.50 Uhr | Pränatale Diagnostik | Grossrätin BS |
| | Berührungspunkte zur Gentechnologie | Prof. Dr. Hans-Jakob Müller |
| 14.30 Uhr | Diskussion mit Prof. Müller und Dr. Suzanne Braga | |
| 15.30 Uhr | Ende der Veranstaltung | |

Diskussionsleitung: Helen Leumann, Ständerätin LU
Franziska Gambirasio, Grossrätin Basel-Stadt

Die Tagung ist öffentlich und richtet sich sowohl an interessierte Frauen wie Männer. Die Tagungskosten betragen Fr. 25.- (inkl. Lunch und Getränken sowie Dokumentationsmaterial). Der Beitrag wird direkt an der Tagung erhoben.

Ihre Anmeldung nimmt mit untenstehendem Talon Beatrice Seiterle Weiss, Pfaffensteinstrasse 4, 8118 Pfaffhausen, gerne entgegen. Sie erhalten zum gegebenen Zeitpunkt eine Tagungsdokumentation.

Anmeldetalon

Ja, ich melde mich zur Tagung «Gentechnologie im Alltag» der FDP-Frauen Schweiz vom Samstag, 16. November 1996, 9.30 Uhr an:

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ/Ort: _____

Kostenwahrheit im Verkehr: Eine linke Forderung wird zum Bumerang

»Das Auto schlägt die Eisenbahn!« So fasste «Facts» vor kurzem einen Artikel über neue Studien zum Kostenvergleich zwischen Strasse, Luft und Schiene zusammen. «Die Linke schlägt sich selbst!» So müsste das Fazit über die Reaktionen der Politik auf diese Ergebnisse lauten.

Markus R. Seiler, Pressechef FDP Schweiz

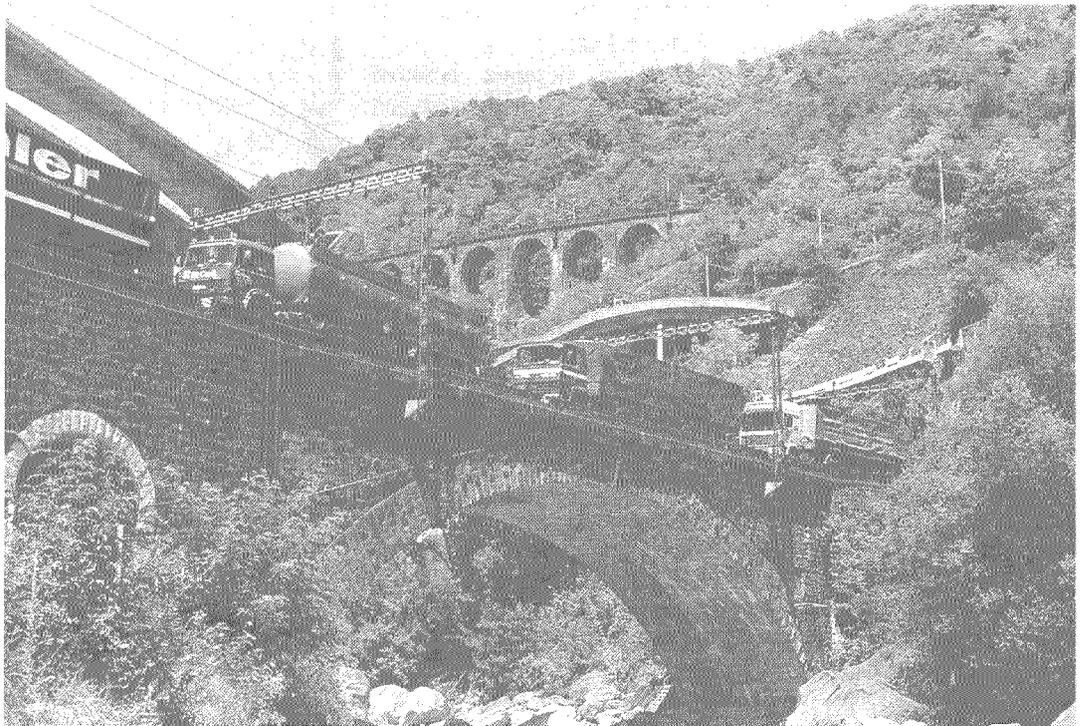


Die Bahn, so die Erkenntnisse neuerer Studien, verursacht deutlich höhere ungedeckte Kosten als der Strassenverkehr.

Zwar ist Mobilität allgemein zu billig – egal, welches Transportmittel man wählt. Die Bahn indes weist dabei die weitestgehend schlechteste Bilanz aus: Während «Facts» die ungedeckten Kosten im Personenverkehr für die Strasse mit 5–9 Rappen pro Personenkilometer und in der Luft mit nur 3 Rappen beziffert, weist das Magazin für die Schiene 16 Rappen aus. Schuld daran ist in erster Linie die teure Infrastruktur, welche von der Allgemeinheit – und nicht von den Bahnbenutzern selbst – finanziert wird.

Das Kartenhaus ist eingestürzt

Diese Resultate sind nicht nur hochinteressant; sie bringen auch linke und grüne Politikerinnen und Politiker schwer ins Schwitzen. Mit der immergleichen Forderung nach Internalisierung der externen Kosten im Verkehr trachteten Linke und Grüne danach, den Privatverkehr zugunsten des «guten» öffentlichen Verkehrs einzudämmen. Würden alle Verkehrsträger ihre



Kostenwahrheit im Verkehr: Würde dieses links-grüne Postulat in die Praxis umgesetzt, käme vor allem die Eisenbahn unter Druck. Zeit also für die Linke, ihre dogmatische Haltung aufzugeben.

(Photo key)

Kosten nach dem Verursacherprinzip voll decken, so die Argumentation, wäre die Bahn im Vorteil. Nun ist dieses Kartenhaus zusammengestürzt.

Deshalb heisst es bei der Linke jetzt offenbar Abschied nehmen von diesem bisher mit der Hartnäckigkeit wie bei einer «heiligen Kuh» vertretenen Konzept. Denn die Realisierung von Kostenwahrheit im Verkehr brächte nicht eine massive Attraktivitätssteigerung, sondern im Gegenteil den Todesstoss für den öffentlichen Verkehr. Die links-grüne Verkehrspolitik ist damit in einer Sackgasse gelandet.

SESSIONSGEFLÜSTER

Trafen sich Ständeratspräsident Otto Schoch (FDP/AR) und Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP/TG) zum Konzert vor dem Zürcher Kongresshaus. Meinte der Thurgauer Militär-, Aussenpolitik- und natürlich auch Kulturexperte schnippisch: «Was, du bist auch zum Konzert einge-

Dumping-Politik als Ausweg?

Ein Ausweg dürfte nicht leichtfallen. Der Abschied von der Kostenwahrheit und die offene Forderung von SP-Verkehrspolitikern nach einer Dumping-Politik im öffentlichen Verkehr zeigen, dass Kopf- und Konzeptlosigkeit bei der SP momentan Trumpf ist.

Dabei wäre es gar nicht so schwer: Der Erkenntnis, dass wir uns einen flächendeckenden Schienenverkehr schlicht nicht mehr leisten können, hätten politische Entscheide zu folgen. Es ist

danach zu fragen, wo die Bahn auch in Zukunft verkehren soll, wer bereit ist, wieviel dafür zu bezahlen, und wo Leistungen abgebaut, Strecken stillgelegt werden sollen. Eine effizientere, produktivere Bahn hat durchaus Zukunft, doch nicht überall und für jeden Zweck.

Um diesen realistischen Weg zu gehen, müsste die Linke bereit sein, ihr bisheriges dogmatisches Festhalten am bedingungslosen Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu überdenken. ■

laden? Ich dachte, es kämen nur Leute mit kulturellem Niveau.» Frau Mühlemann bereinigte die Situation mit ihrer Spontanreaktion: «Ernst, du bisch jo au doo!»

★ ★ ★

Nationalrat Peter Tschopp (FDP/GE) gestand am Schluss seines länger geratenen Votums:

«Ich bin wie die Rezession – viel zu lang!»

★ ★ ★

«Ich bin am Ende meines Käses», beschloss Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz sein Votum zur unseligen Geschichte der Käseunion.

Warum ist Bauen so teuer ?

Sehr geehrte Damen und Herren

Selbst wenn die Geschichte «Warum Bauen so teuer ist», Freisinn Nr. 9 / September 1996, nicht eine wahre Begebenheit wiedergeben würde, sie wäre sehr gut erfunden, weil sie (leider häufig) den wahren Gegebenheiten entspricht.

Das Forum richtet sich gegen «Ämter im Bereich Baubewilligungsverfahren und ihre verantwortlichen Mitarbeiter, welche ihre Aufgabe voll wahrnehmen.»

Die Aufzählung der «Schuldigen» ist leider nicht vollzählig. Wir Politiker, auf jeder Stufe, gleichgültig ob in einer Exekutive oder einer Legislative tätig, sind mindestens oder sogar noch mehr verantwortlich für diese Missstände. Es gibt sture Beamte. Aber es gibt auch viele Beamte und Beamtinnen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und, was uns Bürgerlichen besonders gut gefällt, sogenannten «unbürokratisch» und rasch entscheiden. Dies in vollem Bewusstsein, dass irgendein (leider sind es auch immer wieder bürgerliche) Politiker mit einem parlamentarischen Vorstoss die zu eigenmächtig handelnden Beamten zurückpfeifen will.

Insbesondere auch wir Freisinnige sollten uns, wenn wir die Angestellten der öffentlichen Verwaltung kritisieren, folgendes vor Augen halten:

■ Unsere Beamten besetzen Stellen, die in Parlamenten mit bürgerlichen Mehrheiten bewilligt worden sind.

■ Die Beamten haben Gesetze, Dekrete, Vorschriften zu vollziehen, die von den mehrheitlich bürgerlichen Parlamenten beschlossen worden sind. (Die Entschuldigung, dass die Verwaltung die Gesetze erarbeitet, kann ich nicht gelten lassen. Exekutiven und Legislativen sind die «Chefs» der Verwaltung.)

■ Es gibt auch bürgerliche PolitikerInnen, die von unserer Reglungsdichte nicht nur zu Schaden kommen, sondern oft recht gut im Geschäft sind (Beispiel: Luftreinhalte- und Lärmschutzverordnung, Umweltverträglichkeitssprüfungen usw.). Öffentliche und private Interessen sind gleichzeitig nicht vereinbar!

Im angesprochenen Bereich besteht ohne Zweifel grosser Handlungsbedarf. Warum sind es nicht die Freisinnigen, die mit Handeln beginnen!

■ Abbau von Stellen im Bereiche Bau und Planung in der kantonalen Verwaltung (insbeson-



Bauen in der Schweiz: teuer und langwierig. (Photo key)

Arbeits- und Asyleinwanderung unterscheiden!

Sehr geehrte Damen und Herren

Nationalrat Mühleemann sagt in seinem Beitrag «Einwanderungspolitik auf dem Prüfstand», Nummer 6/7 des Freisinns, S. 11, zum 3. Kreis: «Wir haben aus falsch verstandener Humanität in den letzten Jahren zu viele Asylbewerber aufgenommen, so dass heute 300 000 bis 400 000 Menschen aus Ex-Jugoslawien bei uns leben...» Diese Aussage ruft dringend

nach einer Berichtigung und nach einem Kommentar. Die Berichtigung: Statt der «bis 400 000» leben in der Schweiz genau 45 354 (Stand Juli 96) Ex-Jugoslawen aus falsch oder richtig verstandener Humanität in der Schweiz, wovon 7155 anerkannte Flüchtlinge. Kommen rund 10 000 Saisoniers (mit A-Ausweisen) hinzu und dann als Hauptteil 297 716 Menschen als Niedergelassene oder Jahresaufenthalter (mit C- oder B-Ausweisen, Stand April 96), dies als

der juristische MitarbeiterInnen).

■ Im Bereiche der Bewilligungsverfahren die Kompetenzen und die Verantwortung an die Be-

troffenen (Gemeinden) delegieren (nicht nur finanzielle Lasten!).

■ Revision (Deregulierung) des Bau- und Planungsrechtes im materiellen Bereich. Die letzte Revision war nicht mehr als Kosmetik. Es wurde wenig Wesentliches verändert. Vor allem hat diese Revision niemandem spürbare Schmerzen zugefügt. Zum Vollzug des «Koordinationsgesetzes» wurden vermutlich noch zusätzliche Stellen geschaffen.

■ Wir von der Basis verlangen von unseren Parlaments- und Regierungsmitgliedern mehr Zivilcourage. Was hat JFK vor mehr als dreissig Jahren gesagt? «Nicht fragen, was der Staat für uns (mich) tun kann, sondern was wir (ich) für den Staat tun können!»

*H. P. Burkhardt,
Gemeinderat FDP,
Langenthal*

Folge der normalen Arbeitsrekritierung. Der Kommentar: Das 3-Kreise-Modell regelt die Arbeitseinwanderung. Es ist leider keine untypische Fehlleistung, dass in solchen Diskussionen die humanitäre Asyleinwanderung und die aus eigenen Interessen selber inszenierte Arbeitseinwanderung durcheinandergeworfen beziehungsweise undifferenziert gleichgesetzt werden.

Professor Georg Kreis, Basel



«Faites vos Jeux!»

Wann wird diese Aufforderung zum ersten Mal in der Schweiz zu hören sein? Drei Jahre nach der erfolgreichen Volksabstimmung sind wir immer noch weit von einem Spielbankengesetz entfernt. Wie lange will Bundesrat Koller noch zuschauen, wie die Schweizerinnen und Schweizer jährlich Millionen im Ausland verspielen?

Karikatur Andreas Töns

In den Mund gelegt

MRS. Etwas Interessantes am Anzug von Ernst Mühlemann hat die Aufmerksamkeit des Bundespräsidenten geweckt. Was sagt Delamuraz wohl in diesem Augenblick zu seinem freisinnigen Kollegen? So fragten wir im letzten Freisinn. Hier nun die prämierten Antworten:

«Ernst, das ist doch nicht ein russischer Verdienstorden?»

«Ernst, du solltest unser Parteiabzeichen höher stecken!»

Ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard haben damit gewonnen: Herr **Heinrich Knus, Arbon**, und Frau **Elisabeth Koller, Riniken**. Herzliche Gratulation!



Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz und Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) im Parlament.

(Photos ruti)

Doch was war es wirklich, das Bundespräsident Delamuraz an Ernst Mühlemanns Anzug inter-

essierte? Es ist ein Pin der «Region Bodensee», mit dessen Hilfe der Thurgauer Abgeordnete in

Bern für die Republik «Bodanien» wirbt . . .

FDP weiterhin Spitze

Auch nach den Grossratswahlen in Schaffhausen bleiben die Freisinnigen gesamtschweizerisch die Partei mit den meisten Sitzen in Kantonsparlamenten.

Insgesamt gibt es in den 26 schweizerischen Kantonslegislativen 2997 Sitze. In den Legislativen der beiden Apenzell (46 und 63 Sitze) spielen Parteizugehörigkeiten keine grosse Rolle. Die restlichen 2888 Sitze lassen sich wie folgt den einzelnen Parteien zuordnen:

| Partei | Stand Ende 95 | Stand 21.4.96 (letzte Wahl vor SH) | Stand 22.9.96 (nach SH) |
|--------|---------------|------------------------------------|-------------------------|
| FDP | 739 | 737 | 737 |
| CVP | 719 | 714 | 713 |
| SP | 557 | 560 | 563 |
| SVP | 319 | 346 | 350 |
| LPS | 127 | 127 | 127 |
| GPS | 108 | 107 | 107 |
| FPS | 74 | 62 | 58 |
| EVP | 43 | 41 | 42 |
| PdA | 34 | 34 | 34 |
| LdU | 25 | 23 | 23 |
| SD | 24 | 23 | 23 |
| Div. | 119 | 114 | 111 |

SESSIONSGEFLÜSTER

«Jean Ziegler fällt aus», plaktierte kurzfristig eine Berner Buchhandlung. Damit niemand reinfällt, der zur angekündigten Lesung des vielbeschäftigten Genfer Sozialprofessors und SP-Nationalrates erscheinen wollte . . .

★ ★ ★

Der sei zumindest strapazierfähig, meinte gelassen der Glarner Baudirektor und FDP-Ständerat Kaspar Rhyner auf den Vorhalt des Fernsehens DRS, er gehöre als Regierungsrat zum Glarner Filz . . .

★ ★ ★

Wohl in Anspielung auf die im Bündnerland angebrochene Jagdsaison kommentierte der Heimweh-Bündner und Basler SP-Ständerat Plattners in der Differenzbereinigung zum Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft: «Nach der Hochwildjagd (als es um die Erhöhung der Wasserzinsen ging) bewegen wir uns jetzt in der Niederwildjagd.»

Ausgerutscht – oder vielmehr AUNS-gerutscht ist wohl die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz), als sie – den «Tages-Anzeiger» im Visier – inserierte: «Deine Mutter hat wohl das Kind weggeworfen und die Nachgeburt aufgezogen! Sonst könntest du gar nicht so entarten.» Das Inserat bebilderte die AUNS dazu, bewusst ans berühmt-berüchtigte Messerstecherinserat erinnernd, mit einer Figur mit Ku-Klux-Klan-Kappe . . . Angesprochen auf das ganz und gar unappetitliche Inserat, meinte AUNS-Präsident Christoph Blocher, der es höchstpersönlich unterzeichnet hatte, in seiner schriftlichen Antwort: «Der «Tages-Anzeiger» hat in ganzseitigem Inserat (!) alle, die für Unabhängigkeit und Neutralität eintreten, so die AUNS, als Zwerge dargestellt. Da passt das Sprichwort: Statt des Kindes wurde hier die Nachgeburt aufgezogen.» Was will man da noch sagen?

Mutzli